

AM 15. MÄRZ GRÜN WÄHLEN.



**HIER IST**

**ZUKUNFT**

**ZUHAUSE**

**WEIL  
WIR  
HIER  
LEBEN**

**GRUENE-BRUCK.DE**

**AM 15. MÄRZ GRÜN WÄHLEN.**



**WEIL  
WIR  
HIER  
LEBEN**

**JAN HALBAUER**

**LANDRAT 2020**

**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

mit uns wählen Sie eine Zukunft mit vielen neuen Ideen. Es ist an der Zeit, unsere Energieversorgung auf 100 % Erneuerbare Energien umzustellen, unsere heimischen Pflanzen und Tiere zu schützen, den sinnlosen Flächenverbrauch zu beenden sowie bestehende Lebensräume zu erhalten und neue zu schaffen.

Unsere Städte und Gemeinden im Landkreis sind nicht auf die Klimakrise/-erhitzung vorbereitet: Wir brauchen mehr Bäume, mehr Grünflächen, mehr Photovoltaikanlagen und mehr Fassadenbegrünung. Wir brauchen den Mut zur Veränderung: Unter meiner Führung wird das Landratsamt ein modernes und ökologisches Gesicht bekommen. Denn nur wenn die öffentliche Hand entschlossen vorangeht, können wir gemeinsam etwas bewegen.

Wir werden unser Handwerk stärken, unsere mittelständischen Firmen mit der Wirtschaftsförderung unterstützen und Anreize für ein umweltschonendes und nachhaltiges Bauen geben. Wir werden den öffentlichen Personennahverkehr

ausbauen, Tangentialverbindungen schaffen und einen besseren Takt zur Verfügung stellen. Nur wer das Angebot stärkt, steigert die Nachfrage.

Es gibt viel zu tun. Lassen Sie uns etwas Neues wagen und am 15. März mit der Zukunft beginnen.

Dafür werben wir um Ihr Vertrauen!

**Ihr Jan Halbauer**  
Landratskandidat



Zur Person Geboren 1984 | Politikwissenschaftler | Dipl. sc. pol. Univ. | Fürstentfeldbrucker | Stadtrat, Kreisrat, Bezirksrat | Berufliche Erfahrung in Unternehmensberatung und Online-Redaktion/-Marketing | Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bayerischen Landtag

## UMWELT-, NATUR-, ARTEN- UND KLIMASCHUTZ

# 01

### ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ IM LANDKREIS

In seiner Sitzung am 05. November 2007 fasste der Fürstfeldbrucker Kreistag mit 54:1 Stimmen folgenden eigentlich wegweisenden Beschluss: „Die Energieversorgung im Landkreis soll bis zum Jahr 2030 auf regenerative Basis gestellt werden.“ Dieser Beschluss deckt sich in seiner Zielsetzung mit dem Anspruch des 2001 gegründeten Vereins ZIEL 21 („Versorgung des gesamten Landkreises bis zum Jahr 2030 komplett aus erneuerbaren Energiequellen: zu erreichen über schrittweise Senkung des Energieverbrauchs, Erhöhung der Energieeffizienz und Nutzung aller erneuerbarer Energien“), zu dessen Gründungsmitgliedern der Landkreis zählt.

Die bisherige Bilanz sieht allerdings erschreckend schlecht aus. In Summe sind der Gesamtenergie-

verbrauch und der Ausstoß von CO<sub>2</sub> im Landkreis in den letzten Jahren sogar angestiegen. Die Stromerzeugung aus Photovoltaik und Biomasse konnte zwar spürbar gesteigert werden. Auch gab es kleinere Einsparerfolge beim Heizen, u.a. bedingt durch Wärmedämmung und partielles Umstellen von Öl- auf Gasheizungen. Kompensiert werden diese Erfolge jedoch durch den starken Anstieg des Energieverbrauchs und des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrssektor.

Es gibt jede Menge an Stellen im LRA, an Gremien und Untersuchungen/Studien, die sich im Kern bzw. wenigstens in Teilen mit der Thematik Umwelt- und Klimaschutz befassen und hier Fortschritte/Verbesserungen zur Zielsetzung haben, zumindest auf dem Papier und in Sonntagsreden:

Genannt seien hier Stabstelle ÖPNV, Radverkehrsbeauftragte, Klimamanagement mitsamt Beirat, Tourismusstelle, Regionalmanagement, Agenda 21, Ziel 21 mit Beirat, Struktur- und Potential-Analyse, WAM (Wohnen, Arbeiten, Mobilität), ASTUS (Alpine Smart Transport Urbanism Strategies), SWOT-Analyse Potential Naherholung/Tourismus

und die CO<sub>2</sub>-Energie-Bilanz.

Was muss geschehen: Taten statt Worte.

Wir stehen für:

- Job-Ticket-Angebote für MA im LRA
- eine MVV-Tarifreform, die den Namen verdient und nicht, wie geschehen, unsere Landkreisbürger besonders schlecht stellte und die gerade bei Tarifen für Fahrten zwischen Großgemeinden mit zahlreichen Auspendlern (wie Germering oder Gröbenzell) in Orte mit vielen Arbeitsplätzen (wie Moosach, Allach oder Karlsfeld) für Preisexplosionen sorgte
- vehemente Verbesserungen bei der S-Bahn (viergleisiger Ausbau) und für vernünftige Takte im Regionalverkehr
- die Förderung des Fahrradverkehrs (Radschnellwege zwischen den Gemeinden)
- die Vorbild- und Vorreiterfunktion bei Bau und Unterhaltung kreiseigener Gebäude
- die Erstellung eines landkreisweiten detaillierten Energienutzungsplans (Wärmekataster, Nutzungspotentiale für PV und

Solarwärme, Geothermie) und eine effiziente Energieagentur

- intensive Bildungsarbeit (Schulen, Kitas, Vereine) und Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Landkreismunicipalitäten bei einer flächensparenden Bauleitplanung

# 02

### ARTENSCHUTZ

#### Lokaler Artenschutz wirkt

Unsere heimische Tier- und Pflanzenwelt braucht intakte Lebensräume. Wir erleben derzeit den dramatischsten Artenschwund seit dem Aussterben der Dinosaurier: 43 Prozent der beobachteten Libellenarten gelten als gefährdet. 45 Prozent der in Bayern verbreiteten Heuschreckenarten stehen auf der Roten Liste. 59 Prozent der Tagfalterarten in Bayern sind offiziell bestandsgefährdet, 17 weitere Arten stehen auf der sogenannten Vorwarnliste – Bayerns Schmetterlinge sind also massiv in ihrem Bestand bedroht. Darüber hinaus stehen 42 Prozent der heimischen wildlebenden Säugetierarten aktuell auf der Roten Liste im Freistaat.

Intensive Landwirtschaft, der Verlust von Lebensräumen und die zunehmende Versiegelung unserer Landschaft sind Ursachen für das massive Artensterben. Gerade deshalb war es so wichtig, dass durch den historischen Erfolg des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ ein Bündel von Maßnahmen für mehr Artenschutz in Bayern auf den Weg gebracht wurde. Wir GRÜNE wollen die Artenvielfalt allerorts im Landkreis erhalten. Wir wollen den sinnlosen Flächenverbrauch vermeiden, die Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln und Biotop besser vernetzen.

Wir setzen uns für Fassadenbegrünung ein, um auch hier neue Lebensräume für unsere Tierwelt zu schaffen. Durch kommunale Beratung und Aufklärung wollen wir die Gärten in all ihrer Vielfalt und Schönheit erblühen zu lassen, gegen den Trend zu Schotterwüsten im Vorgarten. Mit kommunalen Biodiversitätsstrategien und Freiflächenkonzepten zum Schutz der Arten wollen wir neue Lebensräume für Fauna und Flora schaffen. Den Einsatz von Pestiziden auf

kommunalen Flächen lehnen wir strikt ab.

## 03

### AUSBAU DER S 4

#### **Aussteigen aus Verspätungen, überfüllten Zügen und Zugausfällen – einsteigen in eine moderne klima- und menschenfreundliche Politik**

Die S 4 hat auf ihrem Westarm vor ihrer Einbindung in die Stammstrecke die meisten Fahrgäste. Ausgerechnet die S 4 West hat aber keine eigenen Gleise, muss also im Mischverkehr (neben Regional-, Fern- und Güterverkehr) fahren. Dringend notwendige Investitionsmaßnahmen zur Entschärfung des Engpasses „Westkopf Pasing“ und der Ausbau bis Buchenau wurden zwar immer wieder zugesagt, doch dann in eine unbestimmte Zukunft verschoben.

Bereits im August 1991 erhielt die damalige Bundesbahn den Auftrag, Investitionsmaßnahmen zur Einführung des 10-Minuten-Taktes in der Hauptverkehrszeit für die

Strecke zwischen Pasing und Buchenau zu planen. Mitte 2003 versprachen Bayerns Wirtschafts- und Verkehrsminister Otto Wiesheu und Bahnchef Hartmut Mehdorn, den Ausbau der Strecke so voranzutreiben, dass bis spätestens zum Jahr 2010 (!) der 10-Minuten-Takt möglich wäre. Mit Beschlüssen der Bayerischen Staatsregierung und des Landtages im Frühjahr 2010 mit einer Mehrheit aus CSU, FDP und SPD zum Bahnknoten München wurde jedoch entschieden, dass der S 4-Ausbau nicht mehr erste Priorität genießen und, wenn überhaupt, nur mehr bis Eichenau geführt werden sollte.

Mit dem 2016 beschlossenen Finanzierungskonzept für die zweite Münchner S-Bahn-Röhre droht der Ausbau der S 4 immer mehr ins Hintertreffen zu geraten. Denn die für den S 4-Ausbau vorgesehenen Finanzmittel werden für Jahrzehnte durch das Milliardenprojekt „zweite Röhre“ blockiert.

Inakzeptabel ist auch ist das Fahrplankonzept, das für die S 4 für den Zeitpunkt der Inbetriebnahme der zweiten Röhre vorgesehen ist. So soll es in den Abendstunden zu Taktausdünnungen vom jetzi-

gen 20-Minuten-Takt auf einen 30-Minuten-Takt kommen. Der für tagsüber geplante 15-Minuten-Takt (auch nur bis Buchenau) dürfte aufgrund der Trassenüberlastung, zumal nach der Elektrifizierung der Bahnstrecke nach Lindau und einem Zuwachs an Regional- und vor allem an Fernverkehr, nur mehr mit noch größerer Fahrplanutreue zu bewältigen sein. Jetzt nur ein weiteres Gleis und zwar nur zwischen Pasing und Eichenau bauen zu wollen so, wie es die aktuellen Planungen vorsehen, ist unserer Auffassung nach völlig unzureichend.

Ein drittes Gleis würde aufgrund von „Gegenfahrtenkonflikten“ allenfalls eine Kapazitätssteigerung von gerade einmal 25 Prozent bringen, während mit einem viergleisigen Ausbau die Kapazität mindestens verdoppelt werden könnte. Zwei Gleise für den S-Bahn-Verkehr und ein Gleis für Fern-, Regional- und Güterzüge nutzen zu wollen, und dies in beiden Richtungen, so wie dies die aktuellen Planungen zwischen Pasing und Eichenau vorsehen, würde mit einer gut neun Kilometer langen eingleisigen Zwei-Richtungs-Strecke zu neuen gravierenden Eng-

pässen führen. Zu berücksichtigen sind hier die vorgesehenen (und von uns auch begrüßten) Zuwächse im Fernverkehr in die Schweiz und nach Italien (Fertigstellung von NEAT + Elektrifizierung bis Lindau) und im Regionalverkehr.

Mit dem nur dreigleisigen Ausbau, zumal nur bis Eichenau, wäre der 15-Minuten-Takt (vorgesehen im Übrigen als Stolper-Takt im 12-/18- bzw. 13-/17-Minuten-Turnus) zementiert. Ein 10-Minuten-Takt, eigentliches Planungsziel, wäre nicht mehr möglich. Nicht von ungefähr, hatte die DB AG über lange Jahre hinweg erklärt, dass ein dreigleisiger Ausbau unzureichend sei.

Wir stehen für:

Seit der Bahnreform sind die Bundesländer für den Schienennahverkehr (SPNV) zuständig. Deshalb fordern wir von der Staatsregierung und dem Bayerischen Landtag:

- den zügigen viergleisigen Ausbau der Bahnstrecke (Pasing bis Fürstenfeldbruck) und weitere Überholstellen (zwischen Buchenau und Buchloe).
- zusätzliche Regionalzughalte durch die Bayerische Eisen-

bahngesellschaft (BEG) bis zum Zeitpunkt einer besseren S-Bahn-Bedienung

- Taktverbesserungen für die S 4

Gemeinsam mit den Bürgermeistern und den Stadt- und Gemeinderäten der von der S 4 bedienten Kommunen werden wir für die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen.

## 04

### NEUE WEGE IM ÖPNV

Die Mobilität der Zukunft ist umwelt- und klimafreundlich, bezahlbar, intelligent, vernetzt und emissionsarm. Wir GRÜNE wollen Bahn und Bus, Fuß- und Radverkehr so attraktiv machen, dass sie gleichberechtigte, schnelle, bequeme und effiziente Mobilitätsangebote für alle bieten - für eine gesunde Umwelt, weniger Lärm und mehr Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden.

Dafür brauchen wir vor allem ein besseres und attraktiveres Angebot der öffentlichen Verkehrsmittel, sichere und komfortable Infra-

struktur für Fahrräder und Pedelecs, Carsharing-Angebote und eine gute Vernetzung aller Verkehrsmittel. Wir unterstützen die Einführung von Mobilitätsstationen im Landkreis, um ein vernetztes und nutzerfreundliches Mobilitätsangebot aus einem Guss für die Bürger\*innen bereitzustellen. Die Mobilitätsstationen sollen aus Carsharing- und Bikesharing-Stationen bestehen, abschließbare Fahrradboxen und dynamische Fahrgastinformationen erhalten.

Emissionsfreie Mobilität wollen wir in den Kommunen voranbringen, die Ladeinfrastruktur ausbauen und auf emissionsarme bzw. emissionsfreie Busse umstellen. Der Landkreis Fürstenfeldbruck soll seine MVV-Regionalbuslinien bis 2030 vollständig auf alternative und umweltfreundliche Antriebe umrüsten.

Wir wollen einen attraktiven und günstigen ÖPNV realisieren. Wir unterstützen ergänzende Angebote wie Expressbuslinien oder Anrufsammeltaxis. Die Chancen der Digitalisierung wollen wir nutzen, um beispielsweise den ÖPNV mit nachfrageorientierten Angeboten auszubauen. Nahverkehr sollte Pflichtaufgabe der Kommunen werden,

sodass auch in finanzschwachen Kommunen die Finanzierung eines attraktiven ÖPNV möglich ist.

Wir GRÜNE machen den Landkreis Fürstenfeldbruck zum Fahrradlandkreis. Menschen wollen mit dem Fahrrad im Alltag sicher und komfortabel unterwegs sein und das Rad für eine Fahrt ohne Umwege bequem mit anderen Verkehrsträgern wie dem Bus oder Carsharing kombinieren können. Dafür wollen wir in den Kommunen mehr in Sicherheit, Qualität und Attraktivität des Radverkehrs investieren. Der Landkreis Fürstenfeldbruck soll die Landkreiskommunen mit Radschnellwegen verknüpfen, damit die Wohnorte und Arbeitsplätze der Menschen besser miteinander verbunden sind und gerade für die steigende Nutzung von E-Bikes besonders geeignet sind.

## 05

### SÜDWESTUMFAHRUNG OLCHING

Das Straßenbauprojekt Südwestumfahrung Olching (SWU) ist aus mehrerlei Gründen heftig umstritten. Das Anliegen der Anwohner

der Fürstenfeldbrucker und der Roggensteiner Straße in Olching nach weniger Autoverkehr ist verständlich und berechtigt. Hier allerdings die SWU als zielführende Lösung zu propagieren, heißt nichts anderes, als den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Denn Bau und Inbetriebnahme der SWU würden nicht nur massive Umweltzerstörungen verursachen, sondern hätten auch deutlich eine höhere Verkehrsbelastung zur Folge, auch für und in Olching!

### **Mehr Verkehr auch für und in Olching durch die Südwestumfahrung**

Statt der erhofften Verkehrsentlastung würde die SWU deutlich mehr Verkehr bringen. Zum einen würde die SWU auch mehr Autoverkehr in und für Olching selber bringen. Zum anderen würde davon die Nachbargemeinden Olchings betroffen sein, treffen, allen voran Eichenau, aber auch Puchheim und Gröbenzell, letztere wiederum in völlig unerträglichem Maße, wenn auch noch die von der Stadt Olching und der staatlichen Straßenbauverwaltung befürwortete Abzweigung in die sowieso schon massiv überlastete St 2345 zwischen Gröbenzell und Olching

realisiert werden sollte. Nach der Verkehrsuntersuchung („Kurzak-Gutachten“), die der Bewertung der SWU und der Planfeststellung zugrunde liegt, würde der Straßenzug in Olching, über den die St 2069 bisher führt, im Prognosejahr 2025 werktäglich zwischen 770 Kfz (Roggensteiner Straße Südteil) und 5.200 Kfz (Fürstenfeldbrucker Straße) bei Realisierung der Umfahrung entlastet, was auch vom Staatlichen Bauamt als „nicht sehr große Entlastung“ bezeichnet wird (Planfeststellungsbeschluss, S. 34). Gleichzeitig würden jedoch 9.870 Autos je Werktag die SWU befahren. Auf der St 2345 südlich des Abzweigs Römerstraße wären beispielsweise bei Realisierung der SWU knapp 4.000 Autos mehr unterwegs als ohne SWU. In Summe würde die Realisierung und Inbetriebnahme der Umfahrung eine Mehrbelastung für Olching durch zusätzliche Kfz-Bewegungen in jährlich siebenstelliger Zahl bedeuten. Aber exakt das ist ja auch Zweck und Ziel der SWU, geht es bei diesem Projekt doch um „die Erhöhung der Leistungsfähigkeit für den überregionalen Verkehr“.

Ein Straßenprojekt von vorgestern: Massive Eingriffe in Natur und

Umwelt, Unvereinbarkeit mit dem neuen Arten- und Naturschutzrecht und erhöhte Belastung mit Straßenverkehrslärm

Gleichzeitig hätte der Bau der SWU massive Umweltbeeinträchtigungen zur Folge: die Gefährdung streng geschützter Arten, das Durchschneiden eines Erholungsraumes und regionalen Grünzugs, Flächenverbrauch und Bodenversiegelung sowie Steigerung der Überschwemmungsgefahr. Hinzu kommt, dass die SWU durchgehend in Dammlage gebaut werden würde und „im Bereich des Bauvorhabens die Streckencharakteristik einer freien Strecke mit höhengleichen Anschlüssen“ erhalten soll. Die damit ermöglichten deutlich höheren Fahrgeschwindigkeiten hätten, kombiniert mit der Dammlage, zur Folge, dass Tausende von Bürgerinnen und Bürgern Olchings in den „Genuss“ eines neuen Lärmteppichs kämen.

Mit dem neuen Gesetzespaket zum Arten- und Naturschutz in Bayern, vom Landtag am 15. Juli verabschiedet, in Kraft getreten am 1. August, erfuhr auch das Bayerische Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) erfreuliche Änderungen. So findet

sich in Art. 9 Abs. 2 Satz 1 die dezidierte Vorgabe, bei Bau und Unterhalt von Straßen „mit Grund und Boden sparsam umzugehen und die Flächeninanspruchnahme in Abwägung insbesondere mit den Notwendigkeiten der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sowie der Schonung von Naturhaushalt und Landschaftsbild so weit wie möglich zu begrenzen.“ In der Begründung des neuen Gesetzestextes heißt es hierzu: „Durch die Ergänzung des Art. 9 BayStrWG wird klar gestellt, dass künftig bei Bau und Unterhalt von Straßen den Belangen des Flächenschutzes in neuer Qualität Rechnung zu tragen ist.“ ... „Der Naturhaushalt und das Landschaftsbild sind in größtmöglichem Umfang zu schonen. Gefordert ist insoweit ein ökologisches Umdenken der Straßenbaubehörden.“

### **Baurecht heißt noch lange nicht, dass auch gebaut werden muss**

Gleiches gilt selbstredend auch für die Genehmigungsbehörden. Und nachdem nahezu die gesamte Trasse der SWU im Überschwemmungsgebiet des Starzelbaches liegt, ist mit dessen vorläufiger Sicherung im Januar 2016, gerade aktualisiert im Juli 2019, ein neues wasserrechtliches Genehmigungsverfahren fällig.

Selbst wenn die SWU abermals genehmigt werden sollte, heißt das noch lange nicht, dass sie dann auch gebaut werden muss und gebaut wird! Hierüber haben Staatsregierung und Landtag zu befinden und da hat - zumindest verbal - bei den Mehrheitsfraktionen ein Umdenken stattgefunden.

## 06

### **ÖKOLOGISCHE ABFALLWIRTSCHAFT IST KLIMASCHUTZ**

#### **Vermeiden und recyceln statt wegwerfen und verbrennen**

Der Müll, der erst gar nicht entsteht, muss nicht verwertet oder entsorgt werden. Deshalb steht Müllvermeidung bei uns Grünen an erster Stelle vor Recycling oder gar Verbrennung. Das Wertstoffsammelsystem in unserem Landkreis ist eine langjährige Erfolgsgeschichte mit deutlich grüner Handschrift. Die Weiterentwicklung zu einer innovativen Abfallwirtschaft als regionales Vorzeigeprojekt muss den neuen Erfordernissen des Klimaschutzes gerecht werden.

Wir stehen für:

- Wertstoffbörsen an allen großen Wertstoffhöfen im Landkreis mit längeren Öffnungszeiten
- die Unterstützung sozialer Organisationen, die gut erhaltene Produkte weiterverkaufen und/oder reparieren, wie z.B. Sozial-Kaufhäuser, Kleider- und Möbelbörsen, Repair-Cafés
- die Unterstützung/Förderung von Initiativen für einen plastikfreien Landkreis und für Mehrweg-/Pfandsysteme für „to-go“-Produkte
- eine Gebührenentlastung von Haushalten, die gemäß der Zero-waste-Bewegung keinen nennenswerten Müll produzieren
- Biogasgewinnung aus den Bioabfällen als Beitrag zur Energieversorgung aus erneuerbaren Energien,
- kein Mülltourismus und keine dadurch entstehende Belastungen durch zugekauften Fremdmüll
- intensive Öffentlichkeitsarbeit, v. a. in Kitas und Schulen

## **BÜRGER\*INNEN-, MENSCHEN-, FREIHEITSRECHTE**

## 07

### **BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT UND BÜRGERBETEILIGUNG**

#### **Mitreden, mitentscheiden, mitmachen**

Demokratie lebt von aktiver Bürgerbeteiligung. Wir GRÜNE fordern und fördern Mitsprache auf allen Ebenen. Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte frühzeitig informiert und zu wichtigen Planungen angehört werden. Vorberatungen in Ausschüssen sollen, wo es geht, öffentlich sein. Auch das Internet soll zur Mitwirkung genutzt werden. Vorlagen und Protokolle aus öffentlichen Sitzungen sollen überall online zur Verfügung stehen.

Wir wollen die kommunale Verwaltung bürgerfreundlicher gestalten und mit dem Einsatz digitaler Formulare oder Online-Anmeldungen zeitaufwendige und weite Wege unnötig machen.

Wir fördern in unseren Kommunen ehrenamtliches Engagement und haben großen Respekt vor den vielen Frauen und Männern, die sich in Sportvereinen, Umweltverbänden, der freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk, den Rettungsdiensten und vielen anderen Initiativen und Vereinen engagieren. Ehrenamtsbeauftragte und eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Ehrenamt stärken lebendige und bürgernahe Kommunen.

## 08

### **WELTOFFENHEIT**

#### **Bunt statt braun – leben und leben lassen**

Wir GRÜNE stehen für eine welt-offene und vielfältige Gesellschaft und wir stehen an der Seite aller zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen Gewalt, Rassismus, Antisemitismus und jede Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Bei der Kommunalwahl 2020 kommt es auch entscheidend darauf an, dass sich unser Landkreis klar gegen völkische und rechtsextreme Gesinnungen abgrenzt. Men-

schenfeindlichkeit und rechte Hetze haben bei uns nichts zu suchen!

Wir stehen für ein gutes Miteinander aller Menschen, wo auch immer sie geboren und aufgewachsen sind, ob sie schon länger oder seit kurzem hier leben. Sicherheit für jede Bürgerin und für jeden Bürger und ein Leben ohne Diskriminierung sind Grundpfeiler unseres Zusammenlebens. Wir alle tragen in der Kommunalpolitik die Verantwortung, uns für Liberalität und Toleranz stark zu machen, damit die Ausgrenzung von Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihres Glaubens, ihrer Hautfarbe oder ihrer Nationalität keine Chance haben.

## 09

### **GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT**

#### **Gleichberechtigt und selbstbestimmt leben**

Wir GRÜNE stehen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern. Moderne Gleichstellungspolitik sehen wir als selbstverständliche Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern.

Wir sind die einzige Partei, die eine paritätische Vertretung von Frauen in kommunalen Gremien mit verbindlichen innerparteilichen Regeln ermöglicht. Wir setzen uns dafür ein, auch in Führungspositionen kommunaler Verwaltungen und in Gesellschaften mit kommunaler Beteiligung eine paritätische Besetzung zu erreichen. Die Stellen der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten wollen wir gut ausstatten, um wirkungsvolle Arbeit leisten zu können.

Wir wollen Frauennotrufe und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen finanziell stärken und mehr Frauenhausplätze schaffen, damit nirgendwo betroffene Frauen und ihre Kinder abgewiesen werden müssen.

## 10

### **WOHNEN**

#### **Bezahlbares Wohnen ist Menschenrecht**

Bezahlbares Wohnen muss im Landkreis Fürstfeldbruck konsequent gefördert werden. Wir dürfen das Wohnen nicht allein den Kräften des Marktes überlassen. Gerade in den Städten des Landkreises explodieren Mieten und Bodenpreise.

Wir stehen für:

- die Unterstützung von Genossenschaften und alternative Wohnformen
- Konzeptausschreibungen, die nicht ausschließlich auf den maximalen Verkaufserlös
- kommunaler Grundstücke fixiert sind
- Ausstattung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft des Landkreises mit Finanzmitteln und Grundstücken und schnelle Umsetzung eines ehrgeizigen Wohnungsbauprogramm
- eine langfristige Bodenbevorzugungspolitik kommunaler Grundstücke

## 11

### **KULTUR**

#### **Kultur für alle**

Eine vielfältige, lebhaft und bunte Kultur liefert unserer Gesellschaft wichtige Impulse. Grüne Kulturpolitik fördert nicht nur etablierte Kultur (Theater, Orchester, Museen), sondern auch viele Formen der Kleinkunst und Subkultur. Eine offene und demokratische Gesellschaft lebt durch ihre kulturelle Vielfalt und die künstlerische Freiheit. Um allen Menschen den Zugang zu kultureller Bildung zu ermöglichen, soll diese fester Bestandteil im Alltag aller Bildungseinrichtungen und Lernorte in unserem Landkreis werden.

Unser Landkreis bietet eine große Vielfalt an kulturellen Einrichtungen und engagierten Kulturschaffenden. Es ist Ziel unserer Politik, das kulturelle Leben in Theatersälen, Museen, Galerien und Ateliers, Kirchen, Clubs, Kneipen und Musikschulen zu unterstützen und zu vernetzen. Dazu hat unsere grüne Kreiskulturreferentin über Jahrzehnte beigetragen, nicht zuletzt durch die von ihr initiierten Kreis-



kulturtage. Um die Vernetzung zu intensivieren, fordern wir GRÜNE, dass die – vom Regionalbeirat längst beschlossene - Kulturplattform im Internet endlich realisiert wird.

In unserem Landkreis leben sehr viele Menschen unterschiedlicher Herkunft, die mit ihren Traditionen, ihrer Musik und heimatlichen Küche unser kulturelles Leben bereichern. Um dies sichtbar zu machen, setzen wir uns für kulturübergreifende Plattformen ein; nicht nur im klassischen Kulturbereich, wie etwa Musik und Kunst, sondern beispielsweise auch in Begegnungsstätten wie interkulturellen Gärten.

Die Teilnahme am kulturellen Leben ist essentiell und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb setzen wir uns für freien Eintritt in Kultureinrichtungen des Landkreises für Menschen mit geringem Einkommen ein.

### **Kulturelle Bildung**

Eine wichtige Rolle bei der kulturellen Bildung spielen Musik- und Kunstschulen. Gerade auf dem Weg zum Erwachsenwerden bedarf es einer offenen und kritischen Auseinandersetzung mit Kunst und

Kultur. Die angemessene Bezahlung von Personal und Honorarkräften betrachten wir als Selbstverständlichkeit. Wir bedauern, dass so wertvolle Initiativen, wie beispielsweise die „Schule der Phantasie“ in unserem Landkreis mangels Unterstützung gescheitert sind und werden einen neuen Anlauf nach Kräften fördern. Wir freuen uns über die zunehmenden Kooperationen von Kulturschaffenden mit Schulen (z.B. JEKI (Jedem Kind ein Instrument)), da die die musische Bildung in unseren Schulen Unterstützung von außen braucht.

### **Kulturförderung**

Die berufliche Existenz vieler Kulturschaffender ist prekär. Viele Künstler finden keine bezahlbaren Ateliers, Proberäume, Werkstätten und Spielstätten. Darunter leidet auch die Kulturszene im Landkreis. Wir treten dafür ein, dass die Kommunen (Frei-) Raum für Kunstschaffende, Freie Szene und Soziokultur bereitstellen und öffentliche Auftraggeber angemessene Ausstellungs- und Aufführungshonorare für die freie Kunst und die Kreativszene bezahlen.

### **Erinnerungskultur – nicht vergessen**

Wir sehen uns in der politischen

Verantwortung, Konsequenzen aus unserer wechselvollen Geschichte zu ziehen. Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten eine wichtige aufklärende und demokratiefördernde Funktion zu. Die Erinnerungsorte an die Gräuel des Nationalsozialismus und an das Olympiaattentat von 1972 sowie die damit verbundene Bildungsarbeit werden wir weiter fördern und unterstützen.

### **Geschichte und regionale Identität – do sama dahoam**

Kreativität und Aufgeschlossenheit für Neues steht für uns GRÜNE nicht im Widerspruch zur Wertschätzung von Geschichte und Tradition. Unsere Bau-, Boden- und Kunstdenkmäler sehen wir als wichtige Zeugen der vielfältigen Geschichte unseres Landkreises. Sie stiften kulturelle Identität und Verbundenheit mit der Region. Deshalb werden wir uns weiterhin für die finanzielle und ideelle Erhaltung und Erforschung unseres Kulturgutes einsetzen.

Regionale Identität manifestiert sich nicht zuletzt in der Sprache. Leider lässt sich beobachten, dass regionale Dialekte aus dem täglichen Leben

verschwinden. Das finden wir schade, denn es führt zur Verarmung der Sprachvielfalt. Mundart schafft bei ihren Sprechern Zusammengehörigkeitsgefühl und emotionale Nähe, argumentieren Sprachforscher. Und Kinder, die neben der Hochsprache einen Dialekt lernen, trainieren damit sogar ihre kognitiven Fähigkeiten. Wir GRÜNE unterstützen deshalb spezielle Mundartangebote an Kindertageseinrichtungen und Schulen, wie etwa Lieder, Geschichten, Kasperl- und Mitmachtheater.

### **Jugendkultur**

Viele Jugendliche und junge Erwachsene finden ihren Zugang zur Kultur außerhalb der klassischen Kultureinrichtungen und bevorzugen stattdessen Events in Kneipen, Bars und Clubs. Weil das auch für junge Menschen im ländlichen Raum gilt, ist es uns wichtig, auch dort Jugendclubs zu erhalten und deren Kulturangebot aufzuwerten, etwa mit Bandauftritten, Poetry Slam, Ausstellungen und Workshops. Gerade so genannte nichtkommerzielle Projekte sollen in unserem Landkreis genügend Raum und Hilfestellung bekommen. Wichtig ist uns, dass der öffentliche Nahverkehr noch mehr die Bedürfnisse der jugendlichen Kulturinter-

essierten bedient.

# 12

## INKLUSION

### Lasst uns Barrieren abbauen

Jeder Mensch ist einzigartig. In dieser Vielfalt von Talenten, Erfahrungen und Zielen liegt die Stärke unserer Gesellschaft. Wir müssen allen Menschen die Chance geben, ihr Leben inmitten der Gesellschaft selbst zu gestalten, ob sie mit einer dauerhaften, einer vorübergehenden oder ohne Behinderung leben. Grundlage unseres Handelns ist die UN-Behindertenrechtskonvention.

Inklusion ist unser Ziel. Deshalb haben Menschen mit Behinderung in allen Lebensphasen ein Recht auf unabhängige Beratung, auf Assistenz und auf Hilfsmittel. Wir wollen dafür sorgen, dass ihre Ansprüche auf Unterstützung umfassend, zuverlässig und unbürokratisch erfüllt werden.

Entscheidend für eine inklusive Gesellschaft ist die Selbstverständlichkeit, mit der Kinder gemeinsam heranwachsen; denn das verhindert,

dass Barrieren im Denken und im täglichen Miteinander entstehen. Inklusive Kitas und Weiterbildungen für das pädagogische Personal sind dafür notwendig. Wir wollen den Besuch der Schule vor Ort für Kinder mit Beeinträchtigungen erleichtern. Dafür wollen wir ein Förderprogramm auflegen, um alle Schulgebäude barrierefrei zu machen; wir wollen für eine ausreichende Anzahl von Lehr- und Fachkräften sorgen, den mobilen sonderpädagogischen Dienst ausbauen und Projekte zur medizinischen Unterstützung an Schulen für Kinder mit und ohne Behinderungen durch Schulgesundheitspfleger\*innen fördern. Wir wollen dafür sorgen, dass Dyskalkulie analog zu Legasthenie in das Schulgesetz aufgenommen wird. Wir wollen die Kommunikationsmöglichkeiten von hör- und sehbehinderten Menschen verbessern. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Lern- und Studienbedingungen an Schulen und Universitäten für Lernende und Studierende mit Beeinträchtigung zu verbessern. Neben der Bildung ist Barrierefreiheit im öffentlichen Raum Grundvoraussetzung zur Verwirklichung von Inklusion und Teilhabe. Der Nahverkehr, öffentliche Einrichtungen

und Gebäude, Plätze und Straßen müssen endlich barrierefrei werden. Dabei geht es nicht nur um den Abbau baulicher, sondern auch um den sozialer Barrieren. Deshalb ist uns die Beteiligung von Menschen mit Behinderung als Expert\*innen in eigener Sache besonders wichtig. Wir fordern daher die Einrichtung einer Landesfachstelle für Barrierefreiheit, die sich aus Betroffenen und Verbänden zusammensetzt.

Arbeit bedeutet gerade für Menschen mit Behinderung gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb wollen wir die finanzielle Ausbeutung in Behindertenwerkstätten endlich beenden und Menschen mit Behinderung bessere Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt ermöglichen. Gemeinsam mit Bayerischen Unternehmer\*innen wollen wir dazu Initiativen und Modellprojekte planen. Den öffentlichen Dienst wollen wir zum Vorbild für Inklusion im Arbeitsleben machen.

Zu einem selbstbestimmten Leben gehört die freie Wahl der Wohnform und des Aufenthaltsortes. Daher muss es mehr Alternativen zur Heimunterbringung geben. Wir wollen barrierefreie Wohnungen und inklusive Wohnkonzepte

fördern, damit in Bayern Menschen mit Behinderung so leben können, wie sie es wollen.

Viele Tausend Menschen in Bayern sind alleine wegen ihrer Behinderung vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das ist ein besonders krasser Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention und widerspricht jeder Idee einer inklusiven Gesellschaft. Wir wollen diese Beschränkung abschaffen und fordern ein Wahlrecht für alle – ohne Diskriminierung!

# 13

## JUGENDHILFE

### Junge Menschen mitentscheiden lassen

Die Entwicklung unseres Landkreises darf nicht über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg geplant werden. Ebenso gilt es, die Belange der jungen Generation zu berücksichtigen. Nur so ist es möglich, dass sich junge Menschen mit ihrem Landkreis identifizieren und die Weichen für eine zukunftsorientierte Entwicklung gestellt werden. Die Schaffung des landkreisweiten

Jugendkreistags begrüßen wir, fordern aber eine kritische Analyse der konkreten Ausgestaltung.

Zudem fordern wir, dass Jugendliche ab 16 Jahren auf kommunaler Ebene wählen können. Eine Politik zulasten der jungen Generation lehnen wir ab. Wir wollen echte Jugendbeteiligung auf allen Ebenen - sowohl vor Ort als auch Online. Uns ist wichtig, dass Jugendliche ihre Bedürfnisse artikulieren und ihren Anliegen Gehör verschaffen können und damit die Möglichkeit haben, ihre Zukunftsvisionen zu formulieren und umzusetzen.

Im Rahmen der Jugendhilfe des Landkreises setzen wir auf präventive Maßnahmen statt teurer Resozialisierungsmaßnahmen. Diesen Ansatz gilt es weiter auszubauen. Auch geflüchteten Kindern sind die Maßnahmen der Jugendhilfe offen zu halten.

# 14

## INTEGRATION

**Alle gehören dazu**

Damit die Integration von Mi-

grant\*innen gelingt, kommt es entscheidend darauf an, dass in unserem Landkreis die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Wir setzen auf dezentrale Unterbringung, um Geflüchtete in einem guten nachbarschaftlichen Umfeld zu integrieren. Zentrale Ankerzentren, wie sie in Fürstfeldbruck betrieben werden, lehnen wir strikt ab. Viele der Geflüchteten sind durch ihre Erlebnisse im Herkunftsland und auf dem Fluchtweg schwer traumatisiert. Die Unterbringung in Massenunterkünften führt zu enormen psychischen Belastungen, schwerwiegenden Retraumatisierungen und der Verfestigung psychischer und seelischer Erkrankungen.

Diskriminierung und Gewalt sind ein strukturelles Problem der Massenunterkünfte. Je größer die Einrichtung ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von gewalttätigen Übergriffen. Anonymität, mangelnde Privat- und Intimsphäre, fehlende Schutz- und Rückzugsmöglichkeiten, keine abschließbaren Sanitär- und Schlafräume und die gemeinsame Nutzung von Zimmern mit Fremden sind Kennzeichen des Lebens in den ANKER-Einrichtungen. Zudem führen der hohe Ge-

räuschpegel, der Mangel an Tagesstruktur und Beschäftigung, die Kasernierung und Isolierung von der Gesellschaft, eingeschränkte Rechte und die kontinuierliche Kontrolle der Privaträume zu Aggression und Stress. Daraus ergibt sich oftmals ein schrittweiser Verlust von Würde und Autonomie und zuletzt von Perspektivlosigkeit. Durch Überwachung, massive Kontrollen, Besuchsverbote und Stacheldrahtzäune werden Geflüchtete als potentielle Kriminelle behandelt. Die Abschottung hat zur Folge, dass den Bewohner\*innen der wichtige Kontakt zur Bevölkerung, zu Unterstützer\*innen und zu Beratungsangeboten versperrt bleibt. Diese Vorgehensweisen lehnen wir ab. Wir unterstützen die Arbeit der Beiräte für Migration und Integration als wichtige kommunale Beteiligungs- und Selbstvertretungsgremien und die Arbeit der kommunalen Integrationsbeauftragten in unserem Landkreis. Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Leitlinien zur Integration und gesamtheitliche Integrationskonzepte entwickelt werden. Integration findet vor Ort statt – für uns zählt dabei Verbindendes, nicht Trennendes. Wir setzen auf eine gute Zusammenarbeit zwischen Landkreis, Kommunen, Ehrenamtlichen, Integrationsbeiräten und

sozialen Organisationen.

Wir GRÜNE wissen um die politischen Herausforderung der Integration. Wir sehen aber auch die damit verbundenen Chancen und nutzen Potenziale. Deshalb fordern wir auch weiterhin gerade in unserem Landkreis Fürstfeldbruck eine menschenwürdige Aufnahme von Geflüchteten, die auf die Möglichkeit zu einem fairen Verfahren, auf Integration und Teilhabe abzielt. Die Asylsuchenden müssen von Anfang an darin bestärkt werden, ihr Leben in der Aufnahmegesellschaft selbst zu gestalten. Aus diesem Grund gilt es in allen Lebensbereichen – von den Bildungseinrichtungen über den Arbeits- und Wohnungsmarkt bis hin in den Bereich der Kultur, der Medien, der Vereine und des Sports Zugangs-, Teilhabe- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle hier lebenden Menschen zu eröffnen. Wir GRÜNE fordern ausdrücklich, dass das Bundesrecht, nämlich das Recht auf Arbeit für Flüchtlinge nach Ablauf von 3 Monaten Aufenthalt in Deutschland, konsequent und ohne Umwege in unserem Landkreis umgesetzt wird. Darüber hinaus muss die 3+2 Regelung endlich Berücksichtigung finden, was auch von zahlreichen

Ausbildungsbetrieben immer wieder angemahnt und gefordert wird. Gerade bei Asylsuchenden, die an ihrer Identitätsklärung mitwirken und sich erkennbar um Arbeit bemühen, ist die Ausbildungs- bzw. Arbeitserlaubnis - unabhängig vom Aufenthaltsstatus - für die Integration unbedingt notwendig. Umgekehrt zeigt die Praxis, dass Asylsuchende, die einen negativen Bescheid auf ihre Asylanfrage erhalten, oft nicht sofort abgeschoben werden. Viele Verfahren dauern über Jahre bevor die Abschiebungen in der Praxis vollzogen werden. Diese Menschen ohne Arbeitserlaubnis in den Asylbewerberheimen ohne Aufgabe zu lassen belastet in jeglicher Hinsicht unnötig den Steuerzahler. Für alle Beteiligten haben Ausbildungs- und Arbeitserlaubnisse viele Vorteile sowohl für die hier Lebenden als auch für die Geflüchteten, selbst wenn es in Einzelfällen nur eine Art von „Integration und Verdienstmöglichkeit auf Zeit“ darstellt.

Wir GRÜNE sprechen uns klar und deutlich gegen Abschiebungen nach Afghanistan aus, solange die Sicherheitslage prekär ist.

# 15

## DEMOGRAPHISCHER WANDEL

### Den demographischen Wandel aktiv gestalten

Ein Alter in Würde und im Miteinander ist für uns das Ziel. Der Landkreis Fürstenfeldbruck muss sich den Herausforderungen des demographischen Wandels stellen. Wir setzen uns ein für Wohnprojekte wie Mehrgenerationenwohnen und für quartierbezogene Wohnformen, bei denen das Miteinander und die gegenseitige Unterstützung gelebt werden. Das „Betreute Wohnen zu Hause“ muss ausgebaut werden. Alte Menschen dürfen nicht an den Ortsrand abgeschoben werden.

Der öffentliche Nahverkehr soll die Mobilität von Senior\*innen ermöglichen. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum ist für uns selbstverständlich.

Soweit wie möglich sollten Seniorinnen und Senioren selbstbestimmt über ihre Wohn- und Lebenssituation entscheiden können. Unterstützende Angebote des Landkreises sind daher auszubauen.

# 16

## SPORT

### Alle Hebel in Bewegung setzen

Breitensport in seinen vielfältigen Ausprägungen stellt ein wichtiges Betätigungsfeld für große Teile unserer Gesellschaft dar. Neben dem Spaß an der Bewegung und der Wettkampftätigkeit hat die sportliche Betätigung auch weitere gesellschaftsrelevante Funktion zur Erhaltung der Gesundheit sowie der sozialen Integration und dem Erlernen sozialer Verhaltensweisen.

### Schaffung von geeigneten Sportstätten

Insbesondere im unteren und mittleren Leistungsbereich muss Sport Förderung erfahren, um insbesondere Kinder und Jugendlichen adäquate Spiel- und Trainingsmöglichkeiten zu verschaffen. Punktuell ist selbstverständlich auch eine Förderung im oberen Leistungsbereich sinnvoll und wünschenswert. Hier sollte aber immer die oberste Prämisse sein, dass keine Mittel für den unteren und mittleren Leistungsbereich wegfallen.

Unabhängig von der konkreten Nutzung ist der Landkreis als Sachaufwandsträger für die Instandhaltung diverser Infrastruktureinrichtungen im Sport verantwortlich. Die bestehenden Anlagen müssen so erhalten werden, dass sie den Ansprüchen der Sportler und Sportlerinnen genügen. Dabei ist zu überprüfen, in wie weit sich die aktuellen Belegungen landkreiseigener Sportstätten optimieren und insbesondere erweitern lassen könnten. Bürokratische Hindernisse dürfen nicht zu Leerständen führen!

### Kooperationen mit den Kommunen

Darüber hinaus sollte der Landkreis in Kooperation mit den Kommunen vor Ort auch Betätigungsmöglichkeiten für IndividualsportlerInnen vorantreiben. Trimm-dich-Pfade, Wander- und Fahrradwege sind gemeindeübergreifend wichtig.

# 17

## SPARKASSE FÜRSTENFELDBRUCK

### Wichtige Fragen zu Einrichtungen des Landkreises gehören in den Kreistag, Sparkassen sind keine privaten Geschäftsbanken

Stadt und Landkreis Fürstentfeldbruck sind zu gleichen Teilen Träger der Sparkasse Fürstentfeldbruck. Mit einer Bilanzsumme von gut dreieinhalb Milliarden Euro und 25 Geschäftsstellen gehört die Kreis- und Stadtparkasse Fürstentfeldbruck zu den größeren bayerischen Sparkassen.

Sparkassen sind öffentliche Einrichtungen, sie haben einen öffentlichen Auftrag und sind somit dem Gemeinwohl verpflichtet. Gesetzliche Aufgabe von Sparkassen ist es, der Versorgung der Bevölkerung und der örtlichen Wirtschaft mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu dienen und das Sparen und die allgemeine Vermögensbildung zu fördern. Auch haben sie die Aufgabenerfüllung der Kommunen im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich zu

unterstützen. Deziert genannt im Sparkassengesetz ist zudem „die Berücksichtigung der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise“.

Entscheidungen in und zu Sparkassen passen allerdings so gar nicht zum Status der öffentlichen Einrichtung und zum öffentlichen Auftrag. Selbst so grundsätzliche Sachverhalte wie Fragen zur strategischen Ausrichtung, zu Eröffnung oder Schließen von Geschäftsstellen oder zur möglichen Ausschüttung von Gewinnen an ihre kommunalen Träger werden allein im Verwaltungsrat in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert und entscheiden.

Bei der anvisierten Fusion der drei Sparkassen Fürstentfeldbruck, Dachau und Landsberg, von uns zuerst intensiv und kritisch hinterfragt und dann mit guten Argumenten abgelehnt, sollte die Entscheidung von Kreistag und Stadtrat auf ein Abnicken oder Verneinen beschränkt sein. Wir haben wesentlich mit dazu beigetragen, dass es schließlich eine intensive Debatte gab, dass Ziele und Strategien, Chancen und Risiken, Vor- und Nachteile eines Zusammenschlusses diskutiert wurden. Insbesondere haben wir immer wieder kritisch nachgefragt, was eine Fusion

für die Anzahl der künftigen Geschäftsstellen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sparkasse und nicht zuletzt für ihre Kunden bedeuten würde. So werden wir dies auch bei künftigen Vorhaben zu Zusammenschlüssen oder zu anderen vermeintlichen Rationalisierungsmaßnahmen handhaben.

Ganz grundsätzlich gilt es, Kreistag und Stadtrat mehr in die Entscheidungsfindung zu wichtigen sparkassenpolitischen Fragen einzubinden. Auf Staatsregierung und Bayerischen Landtag muss deshalb eingewirkt werden, dass die einschlägigen gesetzlichen Restriktionen für eine Beteiligung der kommunalen Gremien geändert werden.

Nicht zuletzt ist zu hinterfragen, ob nicht ein Teil der immer noch reichlich vorhandenen Überschüsse der Sparkasse an die beiden Träger Stadt und Landkreis Fürstentfeldbruck ausgeschüttet werden soll.

# 18

## FLIEGERHORST- KONVERSION

### Ein innovativer Stadtteil entsteht: Planen - Verhandeln - Bauen

Voraussichtlich im Jahr 2026 wird die Bundeswehr das Fliegerhorst-Gelände auf Fürstentfeldbrucker Flur verlassen haben. Daher gilt es, das knapp 180 Hektar große Gebiet zusammen mit den Bürgern zu überplanen, zu entwickeln und am Ende mit Leben zu erfüllen.

Bei der gewaltigen Fläche handelt es sich um eine einmalige Entwicklungschance für den Landkreis. Das Potenzial für einen neuen und attraktiven Stadtteil mit den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Freizeit/Sport und mit einem großartigen Naturraum im Fürstentfeldbrucker Norden lässt sich nur dann ausschöpfen, wenn die richtigen politischen Zielvorgaben bestehen. Die Räumliche Entwicklungsstrategie (RES), Ergebnis der Leitbilddiskussion des Landkreises und seiner Kommunen in den Jahren 2015 -2017, bietet wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Fliegerhorsts.

wichtige Grundlagen für die Entwicklung des Fliegerhorsts. Die Instrumente für eine innovative qualitative Entwicklung müssen sinnvoll angewendet werden: Wettbewerbe, Plangutachten, Untersuchungen zur technischen Infrastruktur und zu Altlasten, städtebauliche und landschaftsplanerische Entwicklungskonzepte, Pilotprojekte, Diskussion zu einer ökologischen Baukultur, ein Gestaltungsbeirat und intensive Bürgerbeteiligung und vieles andere sind Instrumente für eine Entwicklung, wie wir sie wollen. Dazu ist es nötig, dass wir mit den Nachbarkommunen eng zusammenarbeiten, damit der historische Satelliten-Ort mit seiner NS-Vergangenheit endlich integraler Bestandteil von Stadt und Kreis wird. Die geeignete Form der Zusammenarbeit ist für uns Grüne die kommunale Arbeitsgemeinschaft, gemäß Art. 4 des Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (KommZG).

Unsere zentralen Ziele:

- ein lebendiges ökologisches Stadtviertel mit Wohnraum und Arbeitsplätzen für einige tausend Menschen. Geschäfte, Schulen, Kindergärten, kulturelle und sportliche Einrichtungen gehören dazu. Ein Stadtteil der kurzen

Wege mit nachhaltigen Mobilitätskonzepten (FFB = Fußgänger, Fahrräder, Busse) wird die Attraktivität und Werthaltigkeit des Quartiers steigern.

- Effektive Energienutzung (Stichwort: Graue Energie angesichts des großen denkmalgeschützten Bestandes) und eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit einem zukunftsweisenden Verkehrs- und Energiekonzept gehören eng zusammen.
- Angesichts des Klimawandels gilt es Waldflächen und die ökologischen Qualitäten des Naturraums mit seinem Biotop (FHH-Gebiet „Fliegerhorstheide“) zu erhalten und klug weiterzuentwickeln.
- Eine kleinteilige Parzellierung von unterschiedlich großen Baugrundstücken bietet Raum für Einheimischenmodelle, Genossenschaften und Baugruppen, für den geförderten Wohnungsbau und andere Formen einer spekulationsfernen Wohnungspolitik, nicht zuletzt auch für die landkreiseigene Wohnungsbau-gesellschaft, um auf jeden Fall einen relevanten Anteil an kostengünstigem Wohnraum zu schaffen.

- Der große denkmalgeschützte Bestand ist als eine Verpflichtung zu verstehen, den NS-Militärflughafen, Produkt einer kriegerischen Ideologie, zu verwandeln in einen modernen Ort des gesellschaftlichen Friedens.

Ein grüner Landrat wird sein Wissen, sein Verhandlungsgeschick und seine Hartnäckigkeit unterstützend einbringen, um die interkommunale Zusammenarbeit zu verstärken und die besten Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises zu erreichen.

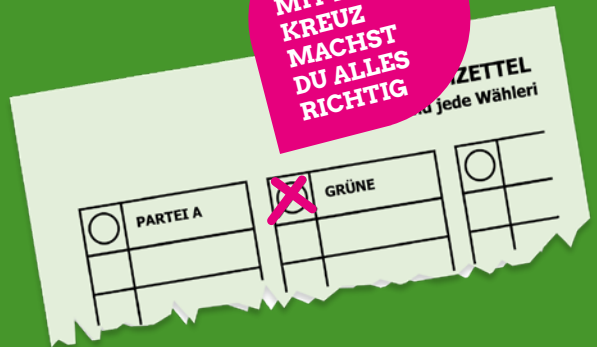
#### IMPRESSUM

**Herausgeber**  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
Kreisverband Fürstenfeldbruck  
gruene-bruck.de  
mail@gruene-bruck.de

Foto Cover: Wolfgang Zwanzger

Februar 2020

MIT DIESEM  
KREUZ  
MACHST  
DU ALLES  
RICHTIG



## AM 15. MÄRZ IST KOMMUNALWAHL SO GEHT'S

Bei den Kommunalwahlen in Bayern kann die Wähler\*in ihre Stimmen kreuz und quer über den Stimmzettel verteilen und Kandidaten auf mehreren Listen ankreuzen (panaschieren). Dabei kann sie einzelnen Bewerber\*innen bis zu drei Stimmen geben (kumulieren).

Aber Vorsicht: Wer den Überblick verliert und zu viele Stimmen abgibt, dessen Stimmzettel wird ungültig. Wem das zu viel Aufwand ist, der kann auch einfach die Liste einer Partei ankreuzen. Die Stimmen werden dann in der angeführten Reihenfolge verteilt. Die Stimmen werden dann in der angeführten Reihenfolge verteilt.

### BRIEFWAHL? SO GEHT'S!

Briefwahlantrag (kommt mit der Wahlberechtigung) ausgefüllt und unterschrieben ans Wahlamt senden oder online oder persönlich im Wahlamt beantragen. Ein Telefonanruf reicht dafür nicht aus! Wählen, Ausfüllen und auf jeden Fall darauf achten, den Wahlschein rechtzeitig abzusenden: Nur Briefe, die bis 18 Uhr am Wahltag im Amt eingehen, werden ausgezählt.

### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Fürstenfeldbruck

mail@gruene-bruck.de  
www.gruene-bruck.de

f fb.com/gruene.kreis.fuerstenfeldbruck  
@gruene\_ffb  
@gruene\_ffb